Donnerstag, 15. Septemver 1921. **Einzelnummer 10 Mark.** 60. Jahrgang. **Nr. 168.**

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis ab 1. 9. 21: monatlich M.
in der Geschäftsstelle 100.—
in den Ausgabestellen 105.—
durch Zeitungsboten 110.—
durch die Post . 110.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: **4246**, 2273 3110, 3249.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 20.— M. im Reklameteil 60.— M. Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt. Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Wilna.

Der neue Hymanssche Entwurf.

Genf, 10. September. (PAT.) „Journal de Geneve" veröffentlicht den Text des neuen Hymansschen Entwurfes in der Wilnaer Angelegenheit. Die Abänderungen, welche dieser Entwurf zum ersten in Brüssel festgelegten Texte einführt, sind folgende: Art. 1 bleibt unverändert. Art. 2 lautet: Die Grenze zwischen Polen und dem litauischen Staate wird längs der Curzonlinie bis zum Niemen gehen, darauf längs des Niemen bis Druskiennik weiter an der Linie Druskiennik—Stara Ruda—Jeziory, worauf die Grenze bei Wola erneut die Niemenlinie erreicht. Die weitere Grenze verläuft längs des Niemen bis zur Beresina und erst etwas nach Osten, dann nach Westen verlaufend die im Rigaer Vertrag festgesetzte russische Grenze erreichend. Der neue Text des Art. 3 lautet: Der Wilnaer Kreis wird im litauischen Staate einen autonomen Kanton bilden. Die Grenzen dieses Kantons werden durch Teilung der gegenwärtigen neutralen Zone in gleiche Hälften geschnitten. Diese Grenze wird östlich von Gedroić und Szyrwin verlaufen und dem Wilnaer Kanton den Eisenbahnweg Wilna—Oran belassen. Der neue Text des Art. 4 lautet: Der Wilnaer Kanton wird eine Verfassung wie die Schweizer Kantone haben, eine vollziehende, eine gesetzgebende Behörde, eine Standbehörde, das Recht Kantonbeamte zu wählen u. s. w. Die Vertretung des Wilnaer Kantons wird dieselben Eigenschaften besitzen wie die föderative Regierung Berns im Verhältnis zu den Schweizer Kantonen. Die Zentralregierung und der zentrale Sejm Litauens werden ihren Sitz in Wilna haben. Art. 5. Die Armee wird auf der Basis von Kreisaushebungen nach einem gemeinsamen Militärgesetz organisiert werden. Soldaten, die im Wilnaer Kanton und Soldaten, die im übrigen Teile des Wilnaer Gebietes eingezogen werden, dürfen die betreffenden Aushebungszonen nur im Kriegsfalle oder für den Fall einer ernsten Verletzung der öffentlichen Ordnung überschreiten; und dies nur mit Erlaubnis des zentralen Sejm; wenn dieser im gegebenen Augenblick keine Sitzungen abhält, so ist er sofort einzuberufen. Das Militär des Wilnaer Kantons untersteht der Führung, die von der zentralen Regierung Litauens bestimmt wird. Der erste Entwurf Hymans' wurde in einem Anhangsprotokoll mit gewissen unten angezeigten Abänderungen niedergelegt. Die früheren Artikel 10 und 11 wurden in einem neuen Art. 8 zusammengefaßt, der lautet: Zur Sicherstellung einer einheitlichen auswärtigen Politik wählen der polnische und der litauische Sejm, der Zahl ihrer Vertretungen entsprechend, zwei Delegationen von gleicher Anzahl; diese sollen so gewählt werden, daß in ihnen die Hauptparteien vertreten sind. Diese Delegationen werden ihre Beratungen gemeinsam führen. Akte auswärtiger Politik, die die Interessen beider Staaten berühren und der rechtlichen Sanktion bedürfen, werden vor allem den beiden Delegationen vorgelegt werden, die gemeinsam beraten. Der von diesen Delegationen beschlossene Text wird beiden Sejms zur Ratifizierung vorgelegt. Außerdem bezeichnen beide Regierungen Vertreter in gleicher Zahl, die einen gemeinsamen Rat für die auswärtigen Angelegenheiten bilden werden. Aufgabe dieses Rates wird sein, Fragen, die beide Regierungen interessieren, zu prüfen und die Pläne gemeinsamer Aktionen vorzubereiten. Der Rat wird die Berichte für die Konferenzen beider Regierungen bearbeiten. Diese Konferenzen werden periodisch stattfinden. Artikel 12 des ersten Entwurfes bleibt bis zum letzten Abschnitt ungeändert. Dieser letzte Abschnitt lautet im neuen Wortlaut: Es ist Sache beider Regierungen, zu entscheiden, daß, wenn einer der beiden Staaten in einen Krieg hineingezogen oder von einem Kriege bedroht wird, beide Staaten sich gemäß der angenommenen Konvention gegenseitig unterstützen müssen. Im Falle der Uneinigkeit wird die Angelegenheit einem Schiedsgericht überwiesen, das im Einvernehmen beider Regierungen vom Völkerbund gewählt wird. Artikel 13 des ersten Entwurfes bildet den Artikel 10 des neuen Entwurfes. Der Artikel 14 des ersten Entwurfes wurde in den Artikel 11 des neuen Entwurfes umgeändert. Die Änderung beruht auf der Beseitigung des Wortes „handlowy", das sich auf den Transit bezieht, den Litauern gemäß dem Wortlaut deieses Art. Polen zu sichern. Art. 12 lautet: Im Falle von Mißverständnissen, die zwischen beiden Staaten über die Durchführung dieses Vertrages entstehen könnten, verpflichten sich beide Staaten, die strittige Frage einem Schiedsgericht zur Entscheidung zu überweisen, das im Einvernehmen beider Regierungen vom Völkerbund bestimmt wird. Hiermit endet der Text des vorgeschlagenen polnisch-litauischen Vertrages. Der Entwurf des Anhangprotokolls enthält sieben Artikel. Nach Artikel 1 wird der Text des Vertrages nach der Ratifizierung durch die polnisch-litauische Regierung einer Versammlung vorgelegt, die zu diesem Zwecke eigens zusammenberufen wird und aus Vertretern besteht, die von der Bevölkerung des Wilnaer Kreises gewählt wird, wie dies in den Artikeln 2 und 3 des Vertrages festgesetzt ist. Die Entscheidung, die von dieser Versammlung gefällt wird, wird unmittelbar dem Völkerbundsrat mitgeteilt werden. Artikel 2 sagt, daß der Völkerbundsrat einen Vertreter bestimmen wird, dessen Pflicht es ist, den Vertrag zu interpretieren und über seine Durchführung zu wachen. Artikel 3 setzt fest, daß aus dem Militär des Wilnaer Kantons mit möglichster Beschleunigung alle Elemente ausgewiesen werden, die nicht zum Kanton gehören, wie auch die nicht ortsansässigen Beamten. Artikel 4: Die litauische Regierung wird sich sofort nach der Durchführung der kommunalen und kantonalen Wahlen und nach der Errichtung des Wilnaer Kantons bilden, jedoch nicht später als 6 Monate nach der Annahme des Vertrages durch die legalen Vertreter der Wilnaer Bevölkerung. Artikel 5: Bis zur Zeit, da eine Polizei gebildet werden kann, die aus örtlichen Elementen zusammengesetzt werden soll, werden zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Durchführung der Aufsicht an der östlichen Grenze entsprechende Abteilungen polnischer und litauischer Truppen im Gebiete des Wilnaer Kantons zugelassen. Diese Truppen werden die von beiden Regierungen angewiesenen Rayons, die an die betreffenden Gebiete grenzen, einnehmen. Artikel 6: Eine Sonderkommission von 3 Mitgliedern, die vom Völkerbundsrat gewählt werden und zwei Vertretern der beiden interessierten Regierungen wird die Grenzen zwischen dem polnischen und dem litauischen Gebiet, wie auch die Grenze zwischen dem Wilnaer Kanton und dem übrigen Litauen entsprechend den Artikeln 2 und 3 des Vertrages festlegen. Für den Fall, daß die Verhandlungen zu keiner Verständigung gelangen, erhält der Vertreter des Völkerbundes den Auftrag, die Streitfrage zu entscheiden. Artikel 7: Beide Regierungen verpflichten sich, zur Hälfte die Kosten zu tragen, die mit der Ernennung des Völkerbundsvertreters und der Grenzkommission zusammenhängt. Hymans forderte die polnischen und litauischen Delegierten auf, ihm bis zum 12. d. Mts. mitzuteilen, ob sie gesonnen sind, seine Vorschläge anzunehmen. In gutinformierten Kreisen herrscht die Überzeugung vor, daß, wenn es nicht gelingen sollte, eine Verständigung zu erzielen, die Angelegenheit des polnisch-litauischen Vertrages dem Völkerbundsrat überwiesen werden wird.

Der Hymanssche Vorschlag abgelehnt.

Warschau, 14. September. (E. E.) Der neue Vorschlag Hymans in der Wilnaer Angelegenheit wird weder von der polnischen noch von der Kownoer Regierung angenommen. Das polnische Außenministerium hat bereits an Aszkenazy entsprechende Weisungen gegeben.

Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten.

Wie zu erwarten war, hat der Ministerpräsident Dr. von Kahr die Konsequenzen aus dem Beschlusse des Ständigen Landtagsausschusses gezogen. In dem am Montag Nachmittag abgehaltenen Ministerrat erklärte Dr. von Kahr seinen Rücktritt, ebenso der Justizminister Dr. Roth, der Vertrauensmann der bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei) im Ministerium Kahr war. Es wird angenommen, daß in der Regierung des neu zu wählenden Ministerpräsidenten die bayerische Mittelpartei nicht mehr vertreten sein wird. Die Kunde von dem Rücktritt des Ministerpräsidenten wird amtlich in folgender Form mitgeteilt: Nach dem Beschluß des Ständigen Landtagsausschusses von Sonnabend Nacht sollte sich die bayerische Regierung gegenüber der Reichsregierung bereit erklären, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näher zu treten, nach dem die Verordnung des Reichspräsidenten über Zeitungsverbote entsprechend dem Beschlusse des Landtagsausschusses abgeändert wäre. Die bayerische Regierung hat heute, Sonntag, beim Ständigen Landtagsausschuß den Zusatz beantragt, daß der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern dann näher getreten werden solle, wenn es die Verhältnisse gestatten. Dieser Zusatz ist heute vom Ständigen Landtagsausschuß durch Mehrheitsbeschluß abgelehnt worden. Ministerpräsident Dr. von Kahr und Justizminister Dr. Roth sind daher zurückgetreten. Der Ministerrat wird schon morgen, Montag vormittag, zusammentreten.

In politischen Kreisen hat der Rücktritt des Ministerpräsidenten Dr. von Kahr nicht mehr überrascht, da man nach dem Ergebnis der heutigen Landtagsabstimmung im Zusammenhang mit dem Vorangegangenen bereits mit dem Rücktritt von Kahrs gerechnet hatte. Er hatte auch der letzten Sitzung des Landtagsausschusses nicht beigewohnt. Es besteht Grund zu der Annahme, daß mit Ausnahme von Kahrs und Dr. Roth sämtliche anderen Minister bleiben werden. Die Koalition dürfte also künftig voraussichtlich nur aus der bayerischen Volkspartei, aus den Demokraten und aus dem bayerischen Bauernbund bestehen, also eine recht kleine Plattform haben. Zur Wahl des neuen Ministerpräsidenten und zur Entgegennahme des Rücktritts Kahr wird alsbald das Plenum des Landtages einberufen werden. Als Kandidat für die Nachfolge des Ministerpräsidenten Dr. von Kahr dürfte voraussichtlich wohl nur der Abgeordnete der bayerischen Volkspartei von Knilling in Betracht kommen, der bis zum November 1914 der bayerischen Regierung als Kultusminister angehörte.

München, 14. September. (PAT.) Der Kultusminister Mart erhielt die Mission, vorläufig die Amtsführung des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Der Rest des Kabinetts wird weiter im Amte bleiben.

Verhaftung eines Separatisten.

München, 14. September. (PAT.) Der unabhängige Sozialist Dr. Fischer, der die Aktion leitete, die die Bildung einer Republik Nordbayerns zum Ziele hatte, wurde unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet.

Die Lage in Oberschlesien.

Neue Strömungen in Oberschlesien.

Beuthen, 14. September. (PAT.) Am Sonntag, dem 11. d. M., fand in Gleiwitz eine Versammlung der Mitglieder des Vereins „Oberschlesische Einigkeit" statt. In dieser Versammlung wurde beschlossen, dem Völkerbundsrat eine Protestentschließung gegen eine eventuelle Entscheidung der oberschlesischen Angelegenheit ohne vorherige Anhörung der Oberschlesier beider Nationen zu übersenden. Darin heißt es, daß die Bevölkerung Oberschlesiens ihre Ansicht von Grund auf geändert habe und von neuem wünsche, sich darüber auszusprechen, wem sie angehören will. Im Geiste dieser Entschließung hat in ganz Oberschlesien eine starke Bewegung eingesetzt.

Oberschlesien vor dem Völkerbund.

Mit welchem Geheimnis die Beratungen der Kommission des Völkerbundsrates über Oberschlesien umgeben werden, dafür mag als Beweis die Tatsache dienen, daß die Beratungen dieser Kommission niemals in Genf selbst stattfinden, sondern stets in der Umgebung von Genf, wo die vier Herren mit ihren Sekretären ganz unter sich sind. Alle diese Zusammenkünfte gelten übrigens als privat und nicht als Kommissionssitzungen. Die 2. Kommissionssitzung soll, wie gemeldet, erst Anfang oder Mitte dieser Woche stattfinden. In dieser Sitzung dürften aber die Berichte der einzelnen Kommissionsmitglieder bereits vorliegen, und dann wird man nur noch beschließen, welche weiteren Maßnahmen zur Verziffizierung dieser Berichte ergriffen werden sollen. Noch immer rechnet man damit, daß der Spruch des Völkerbundsrates Ende dieses Monats gefällt werden wird.

Poincarés Wunsch.

Paris, 13. September. (PAT.) In der „Revue des deux Mondes" bespricht Poincaré die oberschlesische Frage. Er bekämpft lebhaft die These, nach der die Einmütigkeit des Rates unumgänglich notwendig für die Wichtigkeit der zu fällenden Entscheidung sei. Poincaré bemerkt, daß der Rat die Ergebnisse der Abstimmung in Betracht ziehen müsse. Hierbei sollten die Zahl der Stimmen in jeder Gemeinde berücksichtigt und die geographische und wirtschaftliche Lage der einzelnen Ortschaften in Betracht gezogen werden. Oberschlesien, so schreibt der Verfasser, dürfe nicht als ungeteiltes Ganzes behandelt werden. Wenn man die Grundlagen durchführt, auf welche die endgültige Entscheidung sich stützen müsse, dann werde Polen befreit aufatmen. Wenn aber diese Grundlagen vergewaltigt werden, werde die militärische Macht Deutschlands triumphieren. Poincaré beendet seinen Artikel mit dem Wunsche, daß am 17. Oktober d. Js., am Tage der heiligen Hedwig, die Polen in Oberschlesien endlich den Tag ihrer Befreiung feiern können.

Der griechisch-türkische Krieg.

Mustapha Kemal schließt keinen Frieden.

Einem Vertreter der „Associated Preß" erklärte Mustapha Kemal Pascha: Wir sind fest entschlossen, die Griechen aus Anatolien zu verdrängen und wenn wir mehrere Jahre kämpfen sollten. Wir sind entschlossen, den Kampf für die Verteidigung unserer Rechte durchzusetzen. Die Geschichte kennt Beispiele von Kriegen, die Jahrhunderte dauerten. Was Thrazien anbetrifft, so bilden seine östlichen Teile einen untrennbaren Teil unseres Hinterlandes und besitzen ausschließlich türkische Mehrheiten. Für den Rest Thraziens fordern wir eine Volksabstimmung. Konstantinopel gehört uns, doch sind wir bereit, Verhandlungen über die Meerengen und das Marmacameer einzuleiten unter der Bedingung, daß die Sicherheit Konstantinopels garantiert wird.

Vor der Neubildung des Kabinetts.

Der Sejmmarschall schlug am Dienstag dem Staatspräsidenten den Vorsitzenden des nationalen Volksverbandes, Abg. Dr. Głąbiński, als künftigen Ministerpräsidenten vor. Głąbiński richtete im Einvernehmen mit seiner Fraktion folgendes Schreiben an den Sejmmarschall über die Bedingungen, unter denen er die Neubildung des Kabinetts übernehmen würde:

„Herr Sejmmarschall! Ihre Anfrage beantwortend, erkläre ich im Einverständnis mit meiner Fraktion meine Bereitschaft, die Neubildung des Ministerkabinetts zu übernehmen, wenn sich eine Mehrheit findet, die die folgenden Bedingungen als Hauptgrundlagen der Tätigkeit der künftigen Regierung annimmt: 1. Durchführung der Sejm- und Senatswahlen in kürzester Zeit, und zwar in spätestens vier Monaten. 2. Besserung der Valutaverhältnisse durch Annahme eines Münzgesetzes, Einführung des Złoty und Gründung einer Emissionsbank. 3. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushaltsplan durch a) energische Verminderung der Ämter und Beamten und Abschaffung aller nicht unbedingt nötigen Ausgaben für Kraftwagen, Pferde u. dgl. b) Sofortige Erhöhung der Einkünfte der staatlichen Unternehmungen (Eisenbahn, Post, Telegraph). c) Umgestaltung des Verbrauchssteuerwesens (Tabak, Spiritus, Zucker, Petroleum usw.). d) Energische Einziehung der beschlossenen direkten Steuern und Erhöhung der Gebühren entsprechend der Verminderung der Kaufkraft der Mark. e) Zuweisung eigener Einnahmequellen für die Selbstverwaltungskörper. 4. Einziehung der Zwangsanleihe entsprechend dem Sejmbeschluß und den Ausführungsbestimmungen. 5. Einführung einer einmaligen außerordentlichen Abgabe im Zusammenhang mit der Durchführung der Valutareform. 6. Stärkung der Produktionskraft des Landes durch Aufhebung aller die freie Wirtschaft hemmenden Verordnungen und Maßnahmen und Vermeidung jeder störenden Einmischung des Staates in die freie Wirtschaft. Ich beschränke mich auf die notwendigsten Forderungen auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Finanzen und überlasse die Einzelheiten des zukünftigen Programms der zukünftigen Regierung. Dr. Stanisław Głąbiński."

*

Der bisherige Außenminister Skirmunt empfing am Sonntag die Vertreter der Warschauer Presse gewissermaßen in Abschiedsaudienz und führte aus: Nach drei Monaten seit der letzten Ministerkrisis ist Polen in eine neue Phase einer Regierungskrisis eingetreten, in einen Moment, in dem zwar die Streikwelle einigermaßen angehalten ist, wo aber in den wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen, wie in der oberschlesischen und in der Wilnaangelegenheit die Lösung noch aussteht. Die gegenwärtige Periode ist somit eine der allerschwersten und kritischsten, die der polnische Staat je durchlebt hat, und es kann infolgedessen leicht die Meinung entstehen, daß Polen nicht fähig ist, sich selbst zu regieren. Eine lang andauernde Krisis müßte daher für unsern Staat von katastrophaler Wirkung sein, und es ist dringend notwendig, daß alle staatserhaltenden Elemente ihren ganzen Einfluß dafür einsetzen, daß möglichst rasch eine Regierung gebildet wird, die das Vertrauen der Mehrheit des Sejm hinter sich hat und arbeitsfähig ist. Zum Schluß seiner Ansprache verwies der ehemalige Außenminister noch auf die großen innenpolitischen Fragen, wie die Sanierung des Finanz- und Wirtschaftslebens, die Auflösung des alten gesetzgebenden Sejm und die Durchführung der Parlamentsneuwahlen.

Die außerordentliche Sejmsitzung.

Warschau, 14. September. Die außerordentliche Sitzung des Sejm begann am Dienstag nachm. um 4½ Uhr und dauerte nur 10 Minuten. Die Ministerbänke waren leer.

Zu Beginn der Sitzung teilte der Marschall den Rücktritt des Kabinetts mit und schlug vor, daß unter diesen Umständen die Beratung über die auf der Tagesordnung stehenden Gesetze vertagt würden.

Abg. Barlicki schlug sofortigen Zusammentritt des Ältestenausschusses zur Aussprache über die Kandidaturen für den Posten des Ministerpräsidenten vor.

Der Antrag wurde angenommen. Die Sitzung wird geschlossen.

Die Sitzung des Ältestenausschusses.

Warschau, 14. September. In der gestrigen Sitzung des Ältestenausschusses des Sejm erklärte nach Eröffnung der Sitzung durch den Sejmmarschall der Abg. Głąbiński, daß es ihm fernliege, sich um die Stellung des Ministerpräsidenten zu bemühen. Seinen Brief hätte er nur auf Anregung des Sejmmarschalls geschrieben. Ohne Unterstützung durch die Mehrheit im Sejm würde er unter keinen Umständen die Bildung des Kabinetts auf sich nehmen.

Abg. Daszyński weist darauf hin, daß die Kandidatur Głąbiński eine Kandidatur der Minderheit sei.

Der Sejmmarschall erklärt, für Głąbiński hätte sich eine relative Mehrheit ausgesprochen.

Danach sprachen sich die einzelnen Gruppen über die Kandidatur Głąbiński aus: Der nationale Volksverband, die Gruppen Dubanowicz und die christlichen Demokraten, im Ganzen 133 Stimmen, sprachen sich für diese Kandidatur aus; gegen sie sprachen sich aus die Wyzwoleniegruppe, die Stapińskigruppe, die Sozialisten und die Deutschen, im ganzen 76 Stimmen. Die Volksparteiler, die Skulskigruppe, die Stadtbürgergruppe, der Klub der Verfassungsarbeit, die nationale Arbeiterpartei die katholische Volkspartei und die nationale Volksvereinigung, im ganzen 203 Stimmen, enthielten sich der Abstimmung.

Abg. Diamand wies darauf hin, daß ein Ministerium Głąbiński unter diesen Umständen auf eine Mehrheit im Sejm nicht rechnen könne.

Es wurde daher beschlossen, den Zusammentritt des Sejm auf unbestimmte Zeit, das heißt bis zur Bildung eines neuen Kabinetts, zu vertagen.

Abg. Daszyński macht darauf aufmerksam, daß jetzt die Parteien, die die Initiative ergreifen müßten, die gegenwärtig den stärksten Block bilden, das heißt: die 203 Stimmen, die sich einer Stellungnahme zu der Kandidatur Głąbiński enthielten.

Trotz des starken Einspruchs der Skulskigruppe fand der Vorschlag Daszyń kis die Zustimmung des Sejmmarschalls und des Ältestenausschusses.

Sowjetrußland.

Die Wasserregelung in Moskau.

Moskau, 14. September. (PAT.) Hier wurde eine Verfügung erlassen, die den Wasserverbrauch durch die Bewohner regelt. Das Warmbaden ist nur Kranken gestattet, und das nur auf ärztliche Anweisung.

Erzbergers Mörder.

Danzig, 14. September. Nach einer Wolff-Meldung aus München ist es der Staatsanwaltschaft in Oppenau gelungen, die Persönlichkeit der Mörder Erzbergers festzustellen. Es sind dies der 28jährige Kaufmann Heinrich Schulz und der 25jährige Student Heinrich Fillessen aus Köln. Beide waren Offiziere und gehörten seinerzeit der Brigade Erhardt an. Beide wohnten zuletzt in München. Ihre Festnahme ist bis jetzt noch nicht gelungen. Der unter dem Verdacht der Mittäterschaft verhaftete Fähnrich Oltwig von Hirschfeld wurde aus der Haft entlassen.

Oesterreich und Ungarn.

Eine günstige Lösung für Oesterreich.

In der westungarischen Frage scheint eine für Österreich günstige Lösung bevorzustehen. Der Bundeskanzler Schober hat einer Abordnung von Flüchtlingen aus Westungarn mitgeteilt, es sei zu erwarten, daß Italien in Westungarn bewaffnet einschreiten werde. Nach Andeutungen hiesiger Ententekreise dürfte Italien sich selbst angeboten haben, diese Aufgabe durchzuführen. Der italienischen Regierung ist es darum zu tun, zu verhindern, daß die Südslawen den seit Tagen geplanten Vorstoß unternehmen, um dadurch den vielbesprochenen Korridor durch das Burgenland nach Tschechien zu gewinnen. Die italienische Regierung hat in den letzten Tagen wiederholt erklärt, daß sie eine solche territoriale Verbindung der beiden slawischen Staaten als eine Bedrohung Italiens betrachte und aus diesem Grunde nicht zugeben könne. Aus Westungarn liegen keine neuen Nachrichten vor. Aus Wiener Neustadt wird gemeldet, daß die Arbeiterschaft eine Selbstschutzwehr gebildet habe, um die Stadt gegen die Angriffe ungarischer Banden zu schützen.

Prag, 14. September. (PAT.) „Varodni Listy" berichten aus Kreisen, welche den Vertretern der Alliierten nahestehen, daß die alliierten Mächte darüber beraten, Italien ein Mandat zur Besetzung von Westungarn zu geben. Es taucht auch gleichzeitig ein Blokadeplan Ungarns durch die Nachbarstaaten auf.

Wien, 14. September. (PAT.) Die Montagzeitung berichtet aus Landeck, daß dort eine Zusammenkunft des Kanzlers Schober mit den Mitgliedern der interalliierten Kommission für die Angelegenheiten Westungarns stattfand. Schober gab ein Bild der Lage, und äußerte die Wünsche Österreichs, worauf er die Antwort erhielt, daß die Tatsache der Zurückziehung österreichischer Gendarmerie aus Westungarn die Rechte Österreichs an diesem Gebiete nicht berührt.

Der magyarische Putsch.

Die „Prager Presse" veröffentlicht eine ausführliche Darstellung der Bandenorganisation in Westungarn. Ihr Inhalt ist, wie das Blatt bemerkt, dem Tatsachenmaterial entnommen, das von den Ententevertretern der Botschafterkonferenz übermittelt wurde.

Aus den Akten geht klar und unzweifelhaft hervor, daß die magyarische Regierung den westungarischen Putsch fördert und daß im Burgenland ein Brand entfacht werden sollte, zu dessen Ausbreitung ein legitimistischer Putsch in Österreich arrangiert und in weiterer Folge der Friedensvertrag von Trianon umgestoßen werden sollte.

An der Spitze der Bewegung in Ofen-Pest stehen Friedrich, Urmanczy, Smrezany und Sigray. Die Formationen der Insurgenten stehen in Ofen-Pester Kasernen aufgestellt. Aus den Akten geht ferner hervor, unter welchen Bedingungen die einzelnen Leute angeworben werden, deren Zahl auf 30 000 Mann gebracht werden soll. Wenn diese Zahl erreicht werde, sollen diese Truppen in Niederösterreich und Steiermark einbrechen und einen legitimistischen Putsch hervorrufen.

Belgischer Chauvinismus.

Brüssel, 11. September. (Tel.-Un.) Die belgische Arbeiterpartei hatte in La Leuvière eine Gewerkschaftswoche organisiert, an welcher auch Vertreter des Auslandes, darunter der Deutsche Sassenbach als Vertreter der deutschen Gewerkschaften teilnehmen sollte. Sassenbach wohnte in demselben Hotel wie die belgischen Sozialistenführer de Brouckere und Deman. Der Wirt des Hotels hatte aber Sassenbach gezwungen, das Hotel zu verlassen, worauf die beiden Belgier als Protest ebenfalls das Hotel räumten. Im Laufe des Tages haben die belgischen nationalen Vereine gegen die Anwesenheit des deutschen Delegierten durch Plakate Protest erhoben. Bei den Sozialistenkundgebungen, welche gestern abend stattfanden, kam es zu Zusammenstößen zwischen belgischen Patrioten und Sozialisten. Es gelang den Sozialisten, den belgischen Patriotenvereinen sämtliche Fahnen abzunehmen. Die sozialistische Versammlung, an der außer dem Deutschen Sassenbach ein Italiener teilnahm und in der Sassenbach sprechen sollte, wurde infolge andauernden Lärms und wiederholter Zwischenrufe wie: „Nieder mit den Boches!" gesprengt. Auch in später Stunde fanden noch Zusammenstöße statt, wobei mehrere Personen schwer verwundet wurden.

Bulgarien.

Stambulinski über die politische Lage.

Sofia, 14. September. (PAT.) Der Premierminister Stambulinski gab in einer Sitzung der Sobranje Aufklärung über die politische Lage des Staates. Der Minister sagte unter anderem: „Bulgarien hat zwei schwere Monate diplomatischen Kampfes durchlebt. Gegen Bulgarien wurde eine Reihe von unbegründeten Vorwürfen erhoben, die Bulgarien beschuldigten, Beziehungen zu den Bolschewisten und zu Kemal Pascha zu haben, Beschuldigungen, Waffen versteckt und im geheimen eine Armee organisiert zu haben usw." Bei der Besprechung der Beziehungen Bulgariens zu Jugoslawien sagte der Minister: „Ich habe festgestellt, daß in der Jugoslowakei alle Anzeichen vorhanden sind, die auf eine gute Zukunft hindeuten. Wir wünschen, daß sich die Jugoslowakei davon Rechenschaft abgibt, daß die frühere bulgarische Politik zu Ende ist und niemals wiederkehren wird. Dreiviertel der Bevölkerung Bulgariens spricht sich für eine Politik des Friedens und der Freundschaft mit der Jugoslowakei aus." Trotzdem verschiedene Führer der Oppositionspartei in den früheren Sitzungen der Sobranje die Regierung zum Rücktritt aufforderten, stellte Stambulinski die Vertrauensfrage. Das Vertrauensvotum für die Regierung wurde mit bedeutender Stimmenmehrheit angenommen.

Sofia, 12. September. (PAT.) Stambulinski hat sich am Montag nach Genf begeben, um Bulgarien im Völkerbund zu vertreten.

Gratz, 12. September. (PAT.) Die „Gratzer Tagespost" berichtet aus Sofia, daß es den Behörden gelungen sei, eine terroristisch-kommunistische Organisation aufzudecken, die einen Umsturz in allen Balkanstaaten beabsichtigte. Vier Mitglieder der Organisation wurden verhaftet.

De Valeras Antwort.

London, 14. September. (PAT.) Die Antwort De Valeras auf den letzten Vorschlag des englischen Ministerpräsidenten wurde nach Inverneß durch einen besonderen Kurier gesandt und wird Mittwoch in die Hände Lloyd Georges gelangen. Die Telegramme aus Dublin berichten, daß die Antwort im Grunde genommen die Einladung Lloyd Georges annimmt. Dagegen berichtet der Dubliner Korrespondent der „Evening News", daß die Antwort gewisse Vorbehalte in der Frage der Zugehörigkeit zur englischen Krone enthält. Die politischen Kreise Londons erwarten die amtliche Veröffentlichung des Antworttextes mit großem Interesse. Den Vorbehalten mißt man im allgemeinen keine große Bedeutung bei. Gewisse Verwunderung ruft der Umstand hervor, daß das Kabinett der Sinnfeiner die Antwort ohne vorherige Verständigung mit dem irländischen Parlament abgesandt habe, das erst heute zu einer Sitzung zusammentreten wird.

Politische Tagesneuigkeiten.

Krise in der englischen Baumwollindustrie. Aus London wird berichtet, daß in der Baumwollindustrie eine neue ernste Krise bevorstehe. Eine bedeutende Zahl von Arbeitern stellte die Arbeit ein. Der Verband der Webereibesitzer ordnete eine Generalaussperrung an.

Handelsabkommen der Tschechoslowakei. Die amerikanischen Besitzer von Baumwollplantagen verhandeln mit der Tschechoslowakei über die unmittelbare Lieferung von Baumwolle aus Texas. Bisher gingen diese Lieferungen über Liverpool. Durch diese unmittelbare Lieferung glauben die interessierten Kreise 10 bis 15 Prozent zu sparen. Die Vertretung der Standard Oil-Kompagnie verhandelt ebenfalls mit der Tschechoslowakei über ein Monopol zur Ausbeutung von Petroleum in der Tschechoslowakei.

Beabsichtigter Ankauf von Inseln im Stillen Ozean. „Chicago Tribune" berichtet, daß Japan und die Vereinigten Staaten die Inseln St. Felix und St. Ambrosius zu kaufen beabsichtigen, um dort eine große Kohlenstation zu errichten. Die Lage dieser Inseln würde den Käufern die Herrschaft im südöstlichen Teil des Stillen Ozeans sichern.

Republik Polen.

† **Aus der polnischen Sozialistenpartei.** Der Vorstand der polnischen Sozialistenpartei hielt in Warschau eine Sitzung ab, in der der Abg. Daszyński zum Vorsitzenden, die Abgg. Kurytowicz und Zaremba zu seinen Vertretern gewählt wurden. Ferner wurde ein aus 30 Mitgliedern bestehender Zentralausschuß gewählt. Als Hauptschriftleiter der Organe der Partei wurden bestätigt Dr. Perl („Robotnik") und Holdoka („Trybuna").

† **Verbot einer russischen Zeitung.** Der Stadtwojewode von Warschau Ahuß hat das Erscheinen der russischen Warschauer Tageszeitung „Warschawskij Gołos" verboten. Der „Warschawskij Gołos" ist bekanntlich das Organ der russischen Sowjetgesandtschaft in Warschau. Das Blatt erscheint nunmehr als eine Eintagszeitung täglich unter anderem Namen.

Deutsches Reich.

Stegerwald über die innerpolitische Lage.

Ministerpräsident Stegerwald führte dem Chefredakteur des „Deutschen" gegenüber über die innerpolitische Lage u. a. folgendes aus: „Die gegenwärtige innerpolitische Lage sieht sehr verworren aus, und läßt sich trotzdem auf eine einfache Formel bringen. Die Sozialdemokratie kämpft für eine Verstärkung der Linken, während Zentrum und Demokraten sich gegen die Zerreibung der Mitte einsetzen. Worum es gegenwärtig geht, ist die Frage, ob schon jetzt in Deutschland die Entscheidungsstunde zwischen Rechts und Links gekommen ist. Ich halte diese Stunde noch nicht für gekommen und stehe in dieser wie in anderen Fragen auf dem entgegengesetzten Standpunkt, wie ihn Herr Spahn jun. auf dem Münchener Deutschnationalen Parteitag vertreten hat. Ich halte für das nächste Jahrzehnt eine starke Mitte für eine deutsche Lebens- und Existenzfrage. Was wir brauchen, ist Ruhe und Stetigkeit in der deutschen Politik, die nur durch eine kompakte Mitte einschließlich eines starken Arbeiterflügels erreichbar ist. Das deutsche Volk zerfleischt sich gegenwärtig wieder einmal in Nebenfragen wie: Monarchie oder Republik, über Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern, über die Art der Steuerverteilung und parteipolitische Interessen, während es sich seine eigentliche Lebensfrage verdunkeln läßt, nämlich die Sammlung der Kräfte für die Wiedererlangung unserer nationalen Freiheit, die auf dem diplomatischen Wege allein nicht erreichbar ist. Darauf muß vielmehr auch der Wille des Volkes hingelenkt werden."

Auf die Frage: Was sagen Sie zu dem Streit um Monarchie und Republik? erwiderte Stegerwald: „Ich halte die ganze Problemstellung für falsch. Das Entscheidende auch in der gegenwärtigen Stunde ist, ob eine dünne Oberschicht oder die schaffende Arbeit Träger der deutschen Aufbaupolitik sein sollen, und darüber kann es bei der gegenwärtigen Gesamtlage Deutschlands kaum eine ernste Meinungsverschiedenheit geben. Die schaffende Arbeit muß es leisten. Den Anhängern der Monarchie fehlen bis auf weiteres sowohl der ausreichende Anhang wie die erforderlichen Machtmittel zur Durchsetzung ihrer Ziele. Die Frage der Monarchie ist also bis auf weiteres eine Sonntagsangelegenheit. Einstweilen hat aber das deutsche Volk, um leben zu können, Werktagsarbeit zu leisten. Man halte sich also auf der einen Seite frei von Illusionen und auf der anderen frei von Nervosität, und wir sind ein großes Stück weiter. Daß heute in absehbarer Zeit in Deutschland nicht an eine Monarchie gedacht werden kann, ist Gemeingut von mindestens 80 vom Hundert des deutschen Volkes."

Auf die Frage: Wie stehen Sie zur Umbildung der preußischen Regierung? erwiderte der Ministerpräsident: „Diese Frage ist nur eine Teilfrage in dem großen angedeuteten politischen Gedankenkomplex. Die preußische Regierungsumbildung liegt nicht, wie man in verschiedenen Kreisen annimmt, bei mir, sondern bei dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei. Soweit ich die Dinge übersehe, entspricht das, was einzelne große Zeitungen der beiden Parteien bringen, nicht den wirklichen Anschauungen und dem Kräfteverhältnis der beiden Parteien. In den nächsten Wochen steht für die deutsche Zukunftsentwickelung Großes auf dem Spiele. Möge ein großer Moment nicht ein kleines Geschlecht finden."

** **Streikbewegung in Berlin.** Am Montag vormittag sind die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke in Berlin in den Streik getreten. Auch das Fahrpersonal der Großen Berliner Straßenbahn hat in den frühen Morgenstunden einen Streikbeschluß gefaßt. Infolgedessen verkehrten an diesem Tage keine Straßenbahnen.

** **Ehrengericht über General Hoffmann.** General Hoffmann, der deutsche Bevollmächtigte bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk hatte im August eine Unterredung mit einem sozialdemokratischen Journalisten, in der er sich u. a. sehr kritisch über Ludendorff geäußert hatte. In der rechtsstehenden Presse wurde General Hoffmann deshalb aufs heftigste angegriffen, und wie das vor kurzem auf zehn Tage verbotene „Deutsche Tageblatt" mitteilt, macht sich in den Kreisen der Offiziere der ehemaligen Armee eine immer stärker werdende Strömung dafür bemerkbar, den General Hoffmann vor ein Ehrengericht zu stellen, aber ihn selbst von der Zugehörigkeit auszuschließen. Die genannten Kreise sehen in seiner Auseinandersetzung über Ludendorff einen starken Verstoß gegen die im alten Offizierkorps herrschenden und in den verschiedenen Offiziersorganisationen weiter gepflegten Ansichten.

** **Die Bürgervereine Hamburgs gegen den Sozialismus.** Aus Hamburger Bürgervereinskreisen wird den „Hamburger Nachrichten" geschrieben: Die am 5. September 1921 versammelten Vertreter von 20 000 deutschgesinnten Mitgliedern der Bürgervereine Groß-Hamburg fordern angesichts der gefahrvollen politischen Lage von den Hamburger Parteiorganisationen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei die sofortige Bildung einer Arbeitsgemeinschaft beider Parteien zur Verteidigung des nationalen Bürgertums gegen die Angriffe des Sozialismus und erwartet von den Hauptvorständen beider Parteien, daß die erforderlichen Schritte dazu sofort in die Wege ge-

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Hierher waren sie geflüchtet mit ihren Leiden und Freuden, Sorgen und Nöten. Und Großmutter wußte immer Rat, hatte immer Trost bei der Hand. Ja, den Kindern war es oft, als kenne Großmutter sie alle viel besser als die Mutter selbst. Großmutters Liebling war immer Lies gewesen. Vielleicht weil sie die Aelteste war und Vater am meisten ähnelte. Hier zu Großmutters Füßen hatte schon die kleine Lies gesessen, als sie noch lange Zöpfe trug und mit der Puppe spielte. Hier saß sie auch täglich noch als Braut auf dem niedrigen Schemelchen und schüttete ihr übervolles glückliches Herz aus vor der alten Frau, die so viel vom Leben gesehen und die Welt kannte mit all ihr Lust und all ihrem Weh. Großmutter war zuerst sehr erschrocken gewesen über Lies Verlobung. Es war ihr alles zu schnell und plötzlich gekommen. Lies war im Winter auf dringendes Bitten einer alten Patentante nach Jena gefahren, wo Tante Maria einsam und kinderlos lebte. Die alte Tante, die viel geistige Interessen hatte und lebhaften Verkehr mit den ersten Professoren der Universität pflegte, hatte auch Lies bald in diese Kreise eingeführt. Und das Resultat war dann im Januar die Verlobung ihrer Nichte Lies mit dem jungen Professor Rainer gewesen. Als der Brief des Professors in Nilmer ankam, einen Tag nach Lies' Heimkehr, wo er bei den Eltern um sie warb, herrschte große Verwirrung und Aufregung in dem alten, stillen Haus. Der Vater war bedenklich und schüttelte den Kopf: man kenne den Mann ja gar nicht, man wisse doch absolut nichts über ihn. Mutter war anderer Meinung. Für sie hatte eine Verlobung immer etwas Princkelndes. Das wäre ja weiter nicht schlimm, meinte sie. Man könnte sich ja nach ihm erkundigen. Und wenn einer schon in so jungen Jahren Professor sei, so sei das doch immerhin ein gutes Zeichen. Außerdem sei Lies ja kein kleines Kind mehr, sondern bereits vierundzwanzig, wo man doch auch schon sein eigenes Urteil haben müßte. Großmutter war ganz still und sagte kein Wort. Nur am Abend, als Lies noch einmal zu ihr kam, seufzte sie tief und schwer.

Das kannte Lies gar nicht an Großmutter. Und sie sah ängstlich von ihrem Schemel auf in das Gesicht der Greisin. „Großmutter, tut Dir etwas weh?"

Da faltete Großmutter die alten, welken Hände und sah in die untergehende Sonne.

„Nein, Kind, aber mir ist bange um Dich."

„Warum, Großmutter?"

„Weil ich fürchte, Du bist Dir nicht bewußt, welch einen großen, schweren Schritt Du tun willst. Lies, sieh Deiner alten Großmutter in die Augen. Sag, hast Du diesen — diesen Rainer so lieb, daß Du um seinetwillen alles andere lassen willst? Heimat, Vater und Mutter?

Auf Lies' dunklem Scheitel spielten die letzten Strahlen der Abendsonne.

„Großmutter," sagte sie einfach, und ihre dunkelblauen Augen strahlten in wundersüßem Glanz, „Großmutter, ich habe ihn lieber als alles in der Welt lieber als mein Leben. Sieh, wenn die anderen in Tante Maries Salon waren, diese vielen, überklugen Herren, die mir oft Nettes und Schmeichelhaftes sagten, — dann war mir das so gleichgültig, — so namenlos gleichgültig. Das ging so an meinem Ohr vorüber wie fernes Meeresbrausen. Oder wie wenn man auf einem hohen Berg steht und in eine öde, flache Landschaft hinabsieht, die so eintönig ist, — so nüchtern. Da kam er. Ich werde das nie vergessen. Bis in die Ewigkeit nicht. Es war einen Dienstagabend um dreiviertel acht. In einer Gesellschaft bei Professor Erbstein. Mir war wieder wie auf dem hohen Berg mit dem Blick ins flache, öde Land. Da stellte ihn Erbstein mir vor. Und wir sprachen miteinander. Ich weiß noch heute Wort für Wort davon. Es war doch eigentlich gar nicht einmal etwas Besonderes. Aber ich hatte mit einem Mal das Gefühl, daß aus der weiten, flachen Ebene etwas emporwuchs, sich etwas emporhob über die andern alle —

O, Großmutter! Ich hatte ihn darauf zu Tisch, und wir sprachen viel miteinander. Und als ich dann den Abend in meinem Bett lag, wußte ich, daß jetzt ein anderes, fremdes Etwas über mich herrschen würde, ein Etwas, das mich von Grund der Seele aus veränderte, das mich namenlos elend oder namenlos glücklich machen würde. Großmutter, man liest und hört als junges Mädchen so viel über die Liebe, macht sich auch selber viel schwere Gedanken darüber und meint in seinem Unverstand und kindischer Begeisterung, diesen zu lieben oder jenen. Und man weiß nicht, wie lächerlich dies alles im Grunde ist. Großmutter, von dem Tage an, als ich Knut Rainer kannte, wußte ich, daß ich bisher nur ein halber Mensch gewesen war. Daß alles, was ich getan, getrieben, gearbeitet ja nur Tand gewesen war, um die Zeit totzuschlagen, bis der Augenblick kam, der mir die Augen öffnete, — und das Herz, — und die Seele, Großmutter, keinem von den anderen würde ich das so sagen, wie ich es Dir jetzt sage, — sie würden mich auslachen, nicht verstehen, — Großmutter, Du allein hast mich immer verstanden, Du bist doch auch einmal Braut gewesen." — (Fortsetzung folgt.)

Zu Dantes sechshundertjährigem Todestag

14. September 1321—1921.

Von Alexander von Gleichen-Rußwurm (München).

In Dantes gewaltiger Persönlichkeit beginnt für den, der unbefangen über die Jahrhunderte zurückblickt, mit sichtbar fest umrissener Kontur der Nationalgedanke in Europa, sich als erste Antriebswelle politischer Geschehnisse zu zeigen. Der Dichter gab zuerst gestalteten und gestaltenden Ausdruck einem Gefühl, das in unendlich vielen Herzen unklar nach Erscheinungsform suchte, kein anderer hat sein ganzes Selbst und zugleich das politische, das religiöse und sittliche Leben seines Volkes, das Empfinden, Glauben und Wissen seiner Zeit so gewaltig in seinem Werk zusammengepreßt, wie es dem großen Florentiner gelang. Er sah in der Sprache das Heiligtum der Völker und im Amt des Dichters die Priesterschaft dieses Heiligtums. So schrieb er ein begeistertes Lob seiner Muttersprache „zur ewigen Schande und Unterdrückung der schlechten Männer, welche die Volkssprache anderer empfehlen und die eigene verachten." In diesem Sinn bricht Dante mit dem Gebrauch der Schriftsteller, sich des Lateinischen zu bedienen und erhebt die Sprache des täglichen Umgangs in das Reich der Dichtkunst.

Noch in lateinischer Fassung hat er sein politisches Glaubensbekenntnis „über die Monarchie" abgelegt, in dem er Stellung zur

leitet werden. Hierzu bemerkt das Blatt: Es handelt sich um Bestrebungen zur Einigung innerhalb des Bürgertums, die den reinen Parteistandpunkt möglichst ausschalten wollen. Die Anregung der Hamburger Bürgervereine bedeutet einen großzügigen Versuch zur Sammlung, der bei Gelingen bedeutungsvoll werden kann.

Die neue Wahlordnung.

(Fortsetzung.)

Verordnung des Ministeriums für das ehemals preußische Teilgebiet vom 12. August 1921 über die Wahlen zu den Wojewodschafts-Landtagen.

Auf Grund des Art. 6 des Gesetzes vom 1. August 1919 über die vorläufige Wahl der Verwaltungsbehörden für das ehemalige preußische Teilgebiet (Dziennik Praw Nr. 64 Absch. 385) bestimme ich wie folgt:

§ 1.

Der Wojewodschaftslandtag setzt sich aus Mitgliedern zusammen, die von den Kreislandtagen gewählt werden. In den Städten Posen, Thorn, Bromberg und Graudenz werden die Wojewodschaftslandtage von der Stadtverordnetenversammlung gewählt, die auf Grund der Verordnung vom 12. August 1921 über die Änderung der städtischen Wahlordnung und über die Durchführung der Kommunalwahlen in den Städten des ehemaligen preußischen Teilgebiets gewählt werden (Dziennik Ustaw Nr. 71 Absch. 490).

§ 2.

Die Wahlen zu den Wojewodschaftslandtagen sind geheim, und wenn mindestens 3 Mitglieder gewählt werden, geheime Verhältniswahlen.

§ 3.

Der Posener Wojewodschaftslandtag setzt sich aus 85 Mitgliedern zusammen. Hiervon wählen: der Kreis Bromberg-Stadt 4 Mitglieder, der Kreis Bromberg-Land 3 Mitglieder, der Kreis Kolmar 2 Mitglieder, der Kreis Czarnikau 2, der Kreis Gnesen 2, der Kreis Gostyn 2, der Kreis Grätz 2, Hohensalza 3, Jarotschin 2, Kempen 2, Koschmin 2, Kosten 2, Krotoschin 2, Lissa 2, Birnbaum 1, Mogilno 2, Neutomischel 2, Obornik 2, Adelnau 2, Ostrowo 2, Schildberg 2, Pleschen 2, Posen-Stadt 8, Posen Ost 2, Posen-West 2, Rawitsch 2, Schmiegel 2, Schrimm 2, Schroda 2, Strelno 2, Samter 3, Schubin 2, Wongrowitz 2, Witkowo 1, Wollstein 2, Wreschen 2, Wirsitz 2, Znin 2 Mitglieder.

§ 5.

Das passive Wahlrecht zu den Wojewodschaftslandtagen steht jedem Bürger des polnischen Staates ohne Unterschied des Geschlechtes zu, der das 25. Lebensjahr beendet hat, und der mindestens ein Jahr vor dem Wahltage seinen ständigen Wohnsitz im Gebiete der Wojewodschaft hat, der weiter im vollen Besitze der Ehren- und Bürgerrechte und der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig ist.

§ 6.

Die Wahlen sollen spätestens am 20. Dezember 1921 stattfinden.

Verordnung des Ministers für das ehemals preußische Teilgebiet vom 12. August 1921

über die Wahlen zu den Kreislandtagen im ehem. preuß. Teilgebiet.

Auf Grund des Art. 6 des Gesetzes vom 1. August 1919 (Dziennik Praw Nr. 64 Absch. 385) über die vorläufige Organisation der Verwaltungsbehörden des ehem. preuß. Teilgebiets bestimme ich wie folgt:

§ 1.

Der Kreislandtag setzt sich so zusammen, daß auf je 1500 Einwohner 1 Mitglied des Kreislandtages entfällt.

§ 4.

In Städten, denen wenigstens 1 Mitglied des Kreislandtages zufällt, wird dieses Mitglied von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Leiter der Wahlen ist der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung. Ihm zur Seite stehen 2 gewählte Räte.

§ 5.

Städte, die kein Anrecht zur Wahl eines eigenen Kandidaten haben, werden zu einem Wahlkreis zusammengeschlossen. Die zu einem Wahlkreis gehörenden Stadtverordnetenversammlungen wählen die Mitglieder des Kreislandtages in einer gemeinsamen Ortssitzung und in einer Zeit, die von der Kreisabteilung bestimmt wird. Die Wahl leitet der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung der Stadt, die die größte Einwohnerzahl hat, mit Hilfe von zwei ihm zugeteilten Räten. Wenn sich im Kreise nur eine Stadt befindet, die weniger als 1500 Einwohner zählt, dann wird ohne Rücksicht auf die Zahl der Einwohner ein Mitglied zum Kreislandtage gewählt.

§ 7.

Die Landgemeinden, auf die mindestens 3 Mitglieder des Kreislandtages fallen, wird die Wahl von den Gemeinderäten vollzogen. Leiter der Wahl ist der Vorsitzende des Gemeinderates mit Hilfe zweier ihm zugeteilter Räte.

§ 9.

Das direkte Wahlrecht steht allen Bürgern des polnischen Staates zu, die am 12. August 1921 das 21. Lebensjahr vollendet und ständig ihren Wohnsitz im Kreise haben und im vollen Besitz der Ehren- und Bürgerrechte sind, ohne Rücksicht auf das Geschlecht.

§ 10.

Das passive Wahlrecht steht jedem zu, der das 25. Lebensjahr vollendet hat und den Bedingungen entspricht, die im § 9 genannt sind und der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig ist.

§ 11.

Die Wahlen sind spätestens bis zum 10. Dezember 1921 auf Grund der besonders herausgegebenen Wahlordnung zu vollziehen.

Aus der polnischen Presse.

Der deutschen Tagung in Lodz widmet der „Kurjer Pozn." einen Sonderbericht, der zu der wünschenswerten Verbreitung der Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen wesentlich beitragen wird, da in ihm alles, was die einzelnen Redner gegen die bisherige Politik den Deutschen gegenüber vorbrachten, sorgfältig hervorgehoben wird, die zur Kennzeichnung dieser Politik jeweils gebrauchten Ausdrücke „Erdrosselungspolitik", „Gewaltakte", „brutale Konsequenz", „Unterdrückung" u. dgl. werden in deutscher Urgestalt der polnischen Übersetzung des Gesagten in Klammern beigefügt. Als die unversöhnlichste Rede wird die Ansprache des Vertreters des ehem. preuß. Teilgebiets (Rechtsanwalt Partikel aus Graudenz) bezeichnet. Dem Abg. Barczewski, der ein Reichswahlrecht forderte, wird ein Hinweis auf die angesichts der Stärke der jüdischen Minderheit in Polen aus einem solchen Wahlrecht zu erwartenden Folgen entgegengehalten. Ganz richtig aber faßt das polnische Blatt den Gesamteindruck in die Worte zusammen: „Zugegeben werden muß, daß die Beratungen vom Geist der Offenheit und Aufrichtigkeit erfüllt waren, was auf die starke Verbreitung der Absichten und Anschauungen der Urheber der Tagung schließen läßt."

Die Bilanz der Regierung des Herrn Witos. In der „Rzeczpospolita" stellt Herr Stroński die aus der Valutabewegung sich ergebende Bilanz der Regierung des Herrn Witos fest. Die Bilanz geht vom 24. Mai aus. An diesem Tage entschloß sich Herr Witos zur Umwandlung seines bisherigen Zentrumskabinetts in eine Regierung der Mitte und der Linken. Während der drei Monate dieser umgewandelten Regierung fiel die polnische Mark um 300 Prozent. Man zahlte am 24. Mai für eine deutsche Mark 16,50 M., am 7. September 42,65; am 24. Mai für einen französischen Franken 87 M., am 7. September 305 M.; am 24. Mai für einen Dollar 986 M., am 7. September 4050 M.; am 24. Mai für ein englisches Pfund Sterling 3950 M., am 7. September 14 250 M. Indem er das Ergebnis der Tätigkeit der zurückgetretenen Regierung, der er Mangel an leitenden Gedanken, Unfähigkeit und Passivität vorwirft, zusammenfaßt, schreibt Herr Stroński: „Heute ist das Ansehen und der Einfluß Polens so tief gesunken, wie noch niemals vorher. Man mißachtet uns im Westen und verlacht uns im Osten. Wo man hinblickt, alles ist schlecht."

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 14. September.

Die Briefzensur in Polen.

Ende April d. Js. ist zufolge einer Mitteilung der polnischen Postverwaltung durch die Zeitungen bekanntgegeben worden, daß in Polen die militärische Zensur für Briefsendungen und Telegramme nach dem Ausland aufgehoben worden sei. Nach einer neueren Mitteilung der polnischen Postverwaltung besteht die militärische Zensur für die Auslandssendungen bis auf weiteres in Posen 3 weiter.

Gründung eines Verbands deutscher Tierärzte in Polen.

Am Sonntag tagte in Bromberg in den Räumen des „Frithjofs" die Gründungsversammlung des „Vereins deutscher Tierärzte in Pommerellen", der mit dem schon bestehenden Posenschen Verein nun den Verband der deutschen Tierärzte in Pommerellen bildet.

Den Vorsitz der gestrigen Versammlung hatte pr. Tierarzt Schwarzkopf-Kosten, der sich seit über Jahresfrist, zusammen mit einigen Freunden, um das Zustandekommen des Verbandes besondere Verdienste erworben hat. Er legte die wirtschaftlichen Bestrebungen und Ziele klar auseinander und betonte, daß die deutschen Tierärzte mit den Berufsverbänden der polnischen Kollegen stets hätten zusammengehen können, und daß auch die Behörden ihnen Beachtung und Unterstützung gewährten. Am Sonntag konnte Herr Schwarzkopf nun eine stattliche Zahl von Berufskollegen begrüßen, die in den Aussprachen am Vor- und Nachmittage die Bestrebungen allgemein gutheißen und somit dem Verbande die Grundlagen für ferneres Gedeihen schufen. Der neugegründete Verein Pommerellen erhielt zum ersten Vorsitzenden den pr. Tierarzt Pasig-Nakel und zum Schriftführer pr. Tierarzt Holzhauer-Wirsitz. An diese beiden Herren sind auch weitere Beitrittserklärungen sowie Anfragen zu richten.

Auf zu den Krankenkassenwahlen!

Unterschätze niemand die Bedeutung der Krankenkassenwahlen, die für die Arbeitnehmer, wie wir gestern ausführlich mitteilten, am nächsten Sonntag, 18. September, von morgens 8 bis abends 8 Uhr in den bekannt gegebenen Schulen stattfinden. Heut in einer Zeit der fortgesetzten Steigerungen der Krankenkassenausgaben und der damit naturgemäß im Zusammenhange stehenden Erhöhungen der Mitgliederbeiträge der Krankenkasse, ist es von erheblicher Bedeutung, daß auch die deutschen Arbeitnehmer im Vorstande der Krankenkasse ihre Stimmen bei den Beschlüssen ins Gewicht legen können. Deshalb ist es Pflicht jedes deutschen Arbeitnehmers, am Sonntag sein Wahlrecht auszuüben und seine Stimme für die deutsche Liste: **„Liste 4 Krieger"** abzugeben. Auf jede Stimme kommt es an, wenn die Interessen der deutschen Arbeitnehmer gebührend vertreten sein sollen. Kein Arbeitnehmer, männlichen oder weiblichen Geschlechts, darf deshalb am Sonntag bei den Krankenkassenwahlen der Arbeitnehmer fehlen!

Der künftige Wojewodschaftsrat für Pommerellen.

Der Minister des früher preußischen Gebiets hat eine Verordnung über die Wahlen in die Wojewodschaftsräte erlassen. Der Pommerellische Wojewodschaftsrat wird von Abgesandten der Kreisräte — in den Städten Thorn und Graudenz der Stadträte — beschickt werden und 55 Mitglieder zählen. Von diesen stellen: der Kreis Strasburg 3, Kulm 2, Konitz 4, Soldau 1, Mewe 2, Graudenz Stadt 3, Graudenz Land 3, Karthaus 4, Berent 3, Löbau 3, Putzig 2, Zempelburg 2, Stargard 3, Schwetz 5, Dirschau 2, Thorn Stadt 3, Thorn Land 3, Tuchel 2, Briesen 2 und Neustadt 2 Mitglieder. Der Wojewodschaftsrat ist als autonome Körperschaft gedacht; seine Befugnisse lassen sich mit denen der früheren Provinziallandtage vergleichen.

× **Oberbürgermeister von Drwęski** liegt seit etwa 14 Tagen schwer krank im Stadtkrankenhause darnieder. Zunächst war er sehr bedenklich an der Ruhr erkrankt; neuerdings ist das Herz des Patienten in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Vertretung des Oberbürgermeisters führt der Vizepräsident Dr. Kiedacz.

= **Fleischwarenmarkt** vom Mittwoch, 14. September. Schweinefleisch kostete heut 290 Mk., Kalbfleisch 160 Mk. und Rindfleisch 150 Mark. Für Speck 350 M. das Pfund. An Käufern fehlte es nicht.

× **Der bisherigen „Neutomischeler Kreiszeitung"** ist die Genehmigung, sich weiter als amtliches Kreisblatt zu bezeichnen und sich „Kreiszeitung" zu nennen, von den polnischen Behörden entzogen worden. Sie wird jedoch unter anderem Titel weitergeführt werden und die Bekanntmachungen der Behörden in deutscher Übersetzung auch in Zukunft veröffentlichen.

× **Zu der Aufdeckung des gestern gemeldeten 4-Millionendiebstahls** in Biskupitz erfahren wir weiter, daß außer den vier gestern verhafteten Einbrechern inzwischen noch zwei weitere festgenommen worden sind. Zu etwa 2½ Millionen Werten der gestohlenen Sachen haben sich bisher erst die Eigentümer gemeldet; von ungefähr 1½ Millionen Mark sind die Eigentümer noch unbekannt. Die gestohlenen Sachen befinden sich z. Zt. noch bei der Polizeistation in Pudewitz, sie werden vermutlich in den nächsten Tagen nach Posen gebracht werden; hierzu werden nicht weniger als vier Wagen erforderlich sein. Unter den gestohlenen Sachen, deren Eigentümer noch nicht festgestellt sind, befinden sich viele Anzüge, Wäschestücke gez. S. F., Fahrräder, Militärsachen u. s. w. Alle Anfragen bezüglich dieses Diebstahls können an die Komenda Powiatowa Policji Państwowej in Posen ul. Działyńskich 6 (früher Naumannstr.) gerichtet werden.

× **Familiendrama.** Sonntag Nachmittag gegen 2 Uhr kehrte ein junger Mann namens Budzyński, der bei seinem Vater, einem Schuhmachermeister, in der ul. Mylna (früher Hochstr.) wohnt, mit einem Freunde in die elterliche Wohnung zurück und ließ dort zur Unterhaltung ein Grammophon spielen, während der Vater arbeitete. Da den Sohn das Klopfen des Vaters mit dem Schusterhammer störte, forderte er den letzteren auf, das Klopfen zu unterlassen. Budzyński sen. ließ jedoch den Wunsch des Sohnes unbeachtet und nun ging der letztere auf seinen Vater mit einem Stuhle los. Jetzt ergriff der Vater ein Schuhmachermesser und stieß es seinem Sohne mehrere Zentimeter tief in die Rippen, sodaß der Schwerverletzte ohnmächtig zusammenbrach und in ein Krankenhaus übergeführt werden mußte. Der Vater wurde verhaftet.

× **Ein vorzüglicher Griff** ist zwei Posener Kriminalbeamten gelungen, indem sie einen Millionendiebstahl aufklärten.

---

großen Zeitfrage, dem Kampf zwischen Kaisertum und Papst um die Oberherrschaft nimmt und die Rechte des Kaisers als Universalmonarchen vertritt. Doch will er jedem einzelnen Land besondere Rechte gewahrt wissen, „denn die Völker und Städte haben ihre Eigentümlichkeiten, denen durch verschiedene Gesetze Rechnung getragen werden muß." Der Zweck einer gemeinsamen Oberherrschaft ist nach ihm der dauernde Friede. Für diese Weltanschauung setzt er seine gewaltige Persönlichkeit ein in stetem Kampf mit den Parteien und Ereignissen der Zeit.

Er ist und wirkt immer subjektiv, wir erleben mit ihm seine Seelengeschichte, zittern mit seinem Zorn und träumen mit seiner Liebe, die in den Versen des „neuen Lebens" uns ergreift mit ihrer sinnigen Holdseligkeit. Als ein früher Tod die geliebte Beatrice entrückt, verklärt sich in Dantes Klage die irdische Liebe zur himmlischen. Dem Dichter, der in scholastischer Bildung aufgewachsen ist, wird die Angebetete zur „Harmonie der Welt", zu jenem ewig Weiblichen „das hinanzieht."

In der göttlichen Komödie, der Wanderung durch Hölle, Fegefeuer und Himmel führt der Zauberer Virgilius durch das Reich der Schmerzen, doch ehe Dante die Gefilde der Seligen betritt, entschleiert sich Beatrice „auf Bitten der sieben Tugenden" vor ihm, um ihn weiter zu geleiten, und er stillt in ihrem Anblick seinen „zehnjährigen Durst". Aber das Werk, das anfangs als ein Gedicht zum Preis der Geliebten geplant war, wuchs bewußt darüber hinaus und sollte, wie Dante selbst in einem Brief äußerte: „die auf der Erde Lebenden aus dem Zustande des Elends befreien und der Glückseligkeit entgegenführen."

Was ist für uns in heutiger Zeit das Werk des mittelalterlichen Mannes, der in den Parteikämpfen seiner Stadt lebte und aufging, bald zu Ehren kam und dann verbannt wurde und in der Verbannung zu Ravenna starb? Was gilt uns sein Gedicht, das in scholastisch geschauten Allegorien Politik und Weltanschauung ferner Jahrhunderte verbirgt?

Auf diese Frage antwortet mancher Vers ewiger Weisheit und der menschliche Gehalt an persönlichem Erleben, die göttliche Liebe, die aus allem strömt.

Als Dante, der in die Führerschaft der Republik Florenz (1302) gewählt war, nach der Eroberung seiner Vaterstadt durch die Franzosen fliehen mußte, die Zerstörung seines Hauses erlebte und zum Feuertod verurteilt war, wanderte er von Stadt zu Stadt „auf sich allein gestellt, er selbst seine Partei und fühlte, wie fremdes Brot salzig schmeckt und welch ein harter Weg es ist, fremde Treppen auf und ab zu steigen."

Eine Erkenntnis, die den Besten der Nationen, der berufenen Führern nur selten erspart bleibt!

Auf der Schwelle der gotischen Zeit stehend, legte Dante in sein Gedicht einen politischen Wirklichkeitssinn, wie es jeder Zeit und besonders der jetzigen entschieden wohltun würde. Wenn er ausführt, daß nicht um des Staates willen das Volk da ist, sondern der Staat um des Volkes willen, so spricht er ein Grundgesetz aus, das nur Narren und Verbrecher zur Seite schieben können — aber wie oft sitzen Narren und Verbrecher am Ruder, wenn ein Land von Parteien zerrissen ist! Dante will die Einigung und verlangt, daß in Stadt und Staat der Parteihader sich beruhigen solle. Denn als Zweck des Staates sieht der Dichter die Aufgabe, den Menschen zum zeitlichen Glück zu verhelfen, während ihn die Religion zum ewigen führen soll.

In der Mitte zwischen dem Vergänglichen und Unvergänglichen steht der Sterbliche und strebt nach doppelter Erfüllung, nach dem Frieden dieses Lebens, den die eigene Kraft erzwingt, und nach der ewigen Seligkeit, der mystischen Vollendung, zu welcher sich diese Kraft durch göttlichen Beistand erhebt. Aus dieser Weltanschauung gewinnt Dante den Trost des Frommen; sein mannhaftes Ringen nach Licht und Freiheit ist stets von der mystischen Überzeugung getragen, daß „er den ruhmvollen Hafen nicht verfehlt, wenn er seinem Sterne folgt."

In allen Qualen hielt ihn sein Vertrauen auf die sittliche Weltordnung aufrecht, und er fand durch Einkehr in sich selbst Gott in den Tiefen der eigenen Seele. So betrachtete er die zeitlichen Dinge im Lichte der Ewigkeit und erhob sich zum Standpunkt freien Denkens, von wo aus das Treiben der Erde klein erscheint und der Dichter für weise gilt, der es gering achtet, Herz und Geist auf das Unvergängliche gerichtet.

An diesen weiten Blick des mittelalterlichen Dichters sei erinnert am 600. Jahrestag seines Todes.

*

Boccaccio über Dante und Beatrice. Es dürfte nicht vielen bekannt sein, daß der Verfasser des Dekamerone auch der erste Dante-Biograph war. Seine Nachfolger stehen seiner 1576 in Florenz erschienenen Lebensbeschreibung des großen Dichters skeptisch gegenüber, aber es ist doch interessant, daraus etwas zu hören. Nicht ohne poetischen Zauber ist eine Schilderung von der ersten Begegnung des neunjährigen Dante mit dem Mädchen Beatrice. Er malt das florentinische Frühlingsfest mit zarten Worten, an dem das ganze Volk teilnahm und eine festliche Veranstaltung im Sinne eines Folgo Portinari. „Unter den Kindern", so fährt Boccaccio fort, „aber war auch ein Töchterlein jenes Folco, Bice mit Namen — denn so ward sie statt mit dem eigentlichen Namen: Beatrice, genannt —, von etwa 8 Jahren, gar zierlich nach Mädchenweise, in ihrem Wesen voll Adels und von großer Anmut, im Betragen und Worten ernst und bescheiden, mehr, denn ihre wenigen Jahre erwarten ließen. Überdies waren die Züge ihres Angesichts sehr zart und auf das beste gestaltet und außer der Schönheit so ehrbarlich und voll Lieblichkeit, daß sie von vielen als ein Engel erachtet ward. Diese nun, wie ich sie hier schildere, oder vielleicht weit schöner noch, erschien bei jenem Fest, nicht, wie ich glaube, zum ersten Male, wohl aber zuerst mit jener Gewalt, die Liebe weckt, den Augen unseres Dante, der, obwohl nur noch ein Knäblein, mit solcher Innigkeit ihr Bild in sein Herz aufnahm, daß es seit diesem Tage, solange er lebte, nie wieder aus selbigem schied. In welcher Stunde solches geschehen, weiß niemand; aber war es nun Übereinstimmung der Gemüter, oder Gleichheit der Sitten, oder ein besonderer Einfluß des Himmels, der dabei wirksam gewesen, oder geschah was, was wir aus Erfahrung wissen, so oft geschieht, daß bei geselliger Lust durch die Süßigkeit der Töne, durch die allgemeine Heiterkeit, durch die Köstlichkeit der Speisen und der Weine die Gemüter auch Erwachsener, wieviel mehr der Jüngeren sich erweitern, also daß sie leicht von dem zu fesseln sind, was ihnen gefällt; — gewiß ist, daß infolge jenes Zusammentreffens Dante in einem sehr frühen Alter mit glühendstem Eifer sich dem Dienste der Liebe ergeben.

Aber lassen wir diese kleinen kindischen Vorgänge! Ich sage, daß sich mit den Jahren in ihm die Liebesflammen vervielfältigen, also, daß keine andere Sache ihm zur Freude gereichte oder zum Troste, als jene zu sehn, weshalb er, jegliches andere Geschäft versäumend, voll Unruhe immer nur dahin ging, wo er sie zu sehen können vermeinte, als ob nur i nihrem Antlitz und in ihren Augen jegliches Glück und jede vollkommene Beruhigung für ihn zu finden sei.

O Wahnwitz der Liebenden! Wer anders als sie könnte wähnen, durch Hinzufügung neuen Reisigs die Flammen zu mindern?

Wie zahlreich und welcher Art die Gedanken und Seufzer, die Tränen und andern schweren Leiden gewesen, die er um dieser Liebe willen — je älter, je mehr — erdulden müssen, zeigt er selbst in seinem „Neuen Leben", und so unterlasse ich es denn, sie ausführlicher zu berichten."

*

Wie Dantes Dichtung zuerst in Deutschland bekannt wurde. Es ist nicht mehr mit Zuverlässigkeit festzustellen, wann der große Florentiner Dichter mit seinen Werken in Deutschland bekannt geworden ist. Die ersten Anklänge an die „Divina Comedia" finden wir am „Buch der sieben Gerade" des Heilbronner Mönches aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Sebastian Brant erwähnt Dante dann mehrfach in seinen Werken. In der Chronik von Hartmann Schedel (Nürnberg 1483) ward der Meister ebenfalls häufig genannt. 1563 sang Hans Sachs, der Meistersänger, im schlichten Schuhmacherrock seine „Historica Dantes, des Poeten von Florenz". Auch der andere berühmte deutsche Schuhmacher, der Philosoph Jacob Böhme, hatte oft den Namen Dantes in seinen Schriften erwähnt. Dann wurden die Zitate und Besprechungen des Werkes immer häufiger. Übrigens genießen wir Deutsche auch die Ehre, die allerersten Drucke der Komödie hergestellt zu haben. 1472 erschien in Poligna durch Johann Neumeister die „Divina Comedia" und wurde mit Typen aus dem Offizie des Sisto Räussingen gedruckt, später erst erfolgten Drucke in italienischen Städten.

In der vergangenen Woche wurden einem Major und Besitzer des Gutes Krzyszkowo bei Jarotschin ein großer Posten Kleidungsstücke und Wäsche im Werte von einer Million nachts durch einen Einbruch gestohlen. Als Diebin konnte nur ein früheres Dienstmädchen der Herrschaft, eine gewisse Pelagia Brust, in Frage kommen, die in der Tat sich mit ihrem Schatz, einem gewissen Ernst Gotter aus Posen, zusammengetan und den Einbruch verübt hatte. Schwer mit Beute beladen verließen beide den Schauplatz ihrer lichtscheuen Tätigkeit, kehrten jedoch auf den Rat der Brust auf verschiedenen Wegen nach Posen zurück. Als nun der Bräutigam hier eintraf und seiner Wohnung zustrebte, erregte er die Aufmerksamkeit zweier Kriminalbeamten, denen die eigenartige Fülle des jungen Mannes auffiel. Ins Verhör genommen und in die Enge getrieben durch Fragen über das „Wer" und „Woher"? räumte er bald die Herkunft der Beute ein und mußte nun den Weg ins Untersuchungsgefängnis antreten. Seine treue Pelagia konnte ebenfalls bereits verhaftet werden, nachdem sie einen Teil der Beute bereits zu Geld gemacht hatte.

X **Einem Schwindler in die Hände geraten** ist gestern in der ul. Śniadeckich (früher Herderstraße) ein aus der Schule kommender Schüler. Auf ihn trat ein junger Mann zu und bat ihn, für ihn in einem Geschäft eine Rechnung über 5 M. zu bezahlen; er werde seine Schulmappe inzwischen in Verwahrung nehmen. Als der Schüler wieder zurückkam, war der junge Mann und mit ihm die Schulmappe, die samt den Büchern einen Wert von 8000 M. darstellt, spurlos verschwunden. Darum Vorsicht!

X **Auf frischer Tat erwischt** wurde gestern auf dem Zentralbahnhofe ein Taschendieb, der einem Reisenden, als er den Zug nach Pudewitz besteigen wollte, die Brieftasche zu stehlen versuchte. Er entpuppte sich als der 51 Jahre alte Schmul Silberglas aus Czeladź i. Kongreßpolen.

X **Beschlagnahmte Schreibmaschine.** Von der Kriminalpolizei in Ostrowo ist eine Schreibmaschine Nr. 76634, Marke „Mignon" beschlagnahmt worden. Der Eigentümer kann sich im Zimmer Nr. 8 der Kriminalpolizei in Posen melden.

X **Einbruchsdiebstähle.** Von Einbrechern heimgesucht wurde in der Nacht zum Dienstag das Physikzimmer der Berger-Oberrealschule in der ulica Strzelecka 4 (früher Schützenstraße.) Sie stahlen zwei Meßapparate in Holzkisten und zwei Lünetten im Werte von 100000 M. — In der Nacht zum Montag wurde aus der Gerberei in der ulica Piotrowo 1 (früher Kanonierstr.) ein 6½ Meter langer, 10 Zentimeter breiter, dreimal durchgenähter Treibriemen aus weißem Leder, im Werte von 20000 M. gestohlen. — Einem Reisenden, der gestern im Wartesaale 4. Klasse des Hauptbahnhofes eingeschlafen war, wurde von einem Taschendiebe eine goldene Taschenuhr, amerikanischen Systems mit den Buchstaben R. S. im Werte von 90000 M. gestohlen. — In Bolechowo wurden dem Gastwirt in der Nacht zum Dienstag eine 10jährige Schimmelstute, ein Händlerwagen, ein Schafbock und 3 Ztr. Pflaumen im Gesamtwerte von 113000 M. gestohlen.

p. Schroda, 13. September. Einem hiesigen Bürger sind aus seiner Wohnung verschiedene Aktien, vermutlich durch Diebstahl, spurlos verschwunden, und zwar 2 Aktien der Bank Przemysłowców 1. Emission 069248 und 069251, 2 der Bank Handlowy 5. Serie 8071 und 8072, 2 der Lederzentrale 003881 und 003882, sowie 3 Aktien der Lederzentrale 3. Serie 812, 830 und 831.

* **Inowrocław,** 13. September. Der „Kujawische Bote" erhöht zum 1. Oktober d. Js. seinen Bezugspreis auf monatlich 90 M. — Von heute ab kostet hier ein 3 Pfd.-Brot im freien Handel 155 M. und eine Semmel 10 M.

* **Thorn, 11. September.** Seit dem 4. d. M. befinden sich alle hiesigen fünf Apothekenbesitzer im Ausstande. Die Ursache liegt in der ihnen abgelehnten Erhöhung der Arzneitaxe. Ehe sie sich zu diesem folgenschweren Schritt entschlossen, hatten sie Verhandlungen mit den zuständigen Stellen gepflogen, denen sie den Nachweis erbrachten, daß die Preise der gültigen Arzneitaxe bei vielen Medikamenten unter ihrem heutigen Einkaufspreis liegen. In besonders dringenden Fällen und solchen, in denen Todesgefahr besteht werden bei dem Streik Ausnahmen gemacht. Die Apotheken sind geöffnet.

Aus Ostdeutschland.

* **Glogau, 12. September.** Auf dem Nullpunkt angelangt ist der Wasserstand der Oder. Ein solch niedriger Wasserstand ist, seitdem die Pegelnotierung 1810 durchgeführt wurde, noch nicht vorgekommen. Im vorigen Jahrhundert war 1834 mit 29 Zentimetern der niedrigste Stand, diesem folgte dann mit 13 Zentimetern das Jahr 1904. Die gesamte Oderschiffahrt ist nun schon seit einer ganzen Reihe von Wochen des niedrigen Wasserstandes wegen völlig zum Stillstand gekommen.

Neues vom Tage.

§ **Eröffnung der Wiener Messe.** Unter zahlreicher Beteiligung des Publikums und der Behördenvertreter wurde die Wiener Messe eröffnet. Der Präsident Haenisch hielt eine feierliche Ansprache.

§ **Explosion auf einem Dampfer.** In Birkenhead ereignete sich auf dem früheren deutschen Unterseeboot „Deutschland" eine Explosion. Hierbei kamen drei Personen ums Leben und drei wurden verwundet.

§ **Wolkenbruch in Texas.** Aus der Stadt St. Antonio im Staate Texas wird berichtet, daß dort ein Wolkenbruch den Handelsteil der Stadt überflutet hat. Bisher wurden 36 Leichen geborgen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

B. K. S. Als allein zulässiges Zahlungsmittel gilt hier die polnische Mark. Doch würde einer gegenseitigen Vereinbarung in dem von Ihnen angegebenen Sinne nichts im Wege stehen: fordern dürfen Sie eine derartige Zahlung nicht.

P. L. in Tr. Die Angabe 1200 M. deutsch, 1000 M polnisch ist richtig; einer besonderen Genehmigung bedarf es nicht. Das gilt für jedes Familienglied über 14 Jahre.

Kriegsanleihe. Hier ist über das Schicksal der s. Zt. bei der Provinzial-Versicherungsanstalt gezeichneten deutschen Kriegsanleihe nichts zu erfahren. Da Ihr Freund sich in Deutschland befindet, wird er gut tun, sich bei der Reichsbank in Berlin unmittelbar nach dem Schicksal der von ihm gezeichneten Anleihen zu erkundigen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Posener Viehmarkt vom 14. September 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

Für Rinder: I. Sorte 5000—6000 M., II. Sorte 4000—4800 M., III. Sorte —.— M. Ochsen: I. Sorte 5000—6000 M., II. Sorte 4000—4800 M. Bullen: I. Sorte 9000—10000 M., II. Sorte 8000 bis 8500 M., III. Sorte —.— M. **Für Kälber:** I. Sorte 9000 bis 10000 M., II. Sorte 8000—8500 M.

Für Schafe: I. Sorte 6000—7000 Mark. II. Sorte 4000—5000 Mark für Lebendgewicht.

Für Schweine: I. Sorte 17000—17500 M., II. Sorte 14500 bis 15000 M., III. Sorte 11000—12000 M.

Der Auftrieb betrug: 209 Rinder, 215 Kälber, 180 Schafe, 2 Ziegen, 849 Schweine. — Tendenz: lebhaft.

= **Warschauer Getreidebörse vom 14. September.** Saatweizen 11000 M., Raps 18000 M., Rapskuchen frei Waggon Warschau 8100 M. In dem gestrigen Bericht wurde irrtümlich der Preis für Viktoriaerbsen falsch angegeben; der Preis ist 11500 M. Umsatz gering. Die Preise verstehen sich für 100 kg netto.

= **Rigaer Börsenbericht** vom 13. September. Engl. Pfund 1380, Dollar 369.25, Franken 27.75 schwedische Krone 80, dänische Krone 65, tschechoslowakische Krone 4.49, estländischer Rubel 8.60, deutsche Mark 3,84, finnische Mark 5.02, estnische Mark 0.60, polnische Mark 0,09.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.